

Wiesche Zeitung



Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 209

1916 Nr. 510 **Zweite Ausgabe** **Freitag, 27. Oktober 1916**

Verlagsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Einbruch der Verbündeten in Nordrumänien

Dem rumänischen Kriegschauplatz

Budapest, 26. Okt. Der „Reiter Lloyd“ meldet aus Sofia: Die Donaubrücke bei Gernaboda ist stark beschützt und nur für Fußgänger passierbar. Es wurden ungeheure Vorräte an Kriegsmaterial und Lebensmitteln erbeutet. Die glänzenden durchgeführten Operationen sind bei Bruch des harmonischen Zusammenarbeitens der Verbündeten, die von der Feldherrenarmee Madenscu geleitet wurde, der vorzüglich auf dem Schlachtfeld den Kampf befehligte. Und die rumänischen Truppen haben sich Verdienste erworben. An der mazedonischen Front gefolgt hat die Lage zusehends günstiger. Die Franzosen und Serben haben überall die blühenden Resultate erlitten und sind überall in die Defensive gedrängt. Die serbischen Kräfte sind größtenteils aufgerieben. Die Armeesarranis dürfte kaum in der Lage sein, die Misserfolge in der nächsten Zeit wieder gut zu machen.

Ueberführter Rückzug der Rumänen

Der bulgarische Heeresbericht
Sofia, 26. Okt. Bericht des Generalstabes vom 26. Oktober. Mazedonische Front. Die Lage ist unverändert. Südlich des Prespa-Sees fand ein heftiges mit schwachen feindlichen Abteilungen statt. Von der ganzen Front zwischen Prespa-See und dem Westlichen Meer ist nichts von Bedeutung zu melden, außer schwachen Artillerieerfolge längs der Küste des Westlichen Meeres.
Rumänische Front: Der Feind befindet sich auf der ganzen Dobruđa-Front in überhärtetem Rückzug auf Tultscha, Beala und Harsova. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Am 25. Oktober nahmen wir 13 Offiziere, 771 Mann gefangen und erbeuteten 15 Maschinengewehre.
An der Donau-Front hat sich nichts ereignet.

Die Hilfe für Rumänien

Zuverlässige Nachrichten aus Savre belegen, daß der in der vorigen Woche in Boulogne abgehaltene Kriegsrat des Verbündeten sich fast einen — ganzen Tag mit der ersten Lage auf dem Balkan beschäftigt hat. Rumänien soll unverzüglich alle Hilfe gebeten werden. Der gesamte rumänische Generalstab muß zurücktreten und wird einem neuen Generalstab der Verbündeten angeteilt, dem 28 französische und 16 englische Offiziere angehören. Alle Rumänen bis zum 10. Lebensjahre sollen zu den Waffen befohlen werden. (Diese Anordnungen wird die Arbeitsfähigkeit des rumänischen Generalstabes befähigen.) Bezüglich Griechenlands einigte man sich dahin, dem jetzigen Zustand nötigenfalls mit Gewalt ein Ende zu machen, da man darauf rechnet, Anfang November die Truppen von Neußelos an die Front zu bringen. General Sarraill wird in Saloniki die Zusammenziehung der Heere weiter leiten. Für die Leitung der Bewegungen an der Front wurde ein neuer Seerführer ernannt.

Der rumänische Heeresbericht

vom 25. Oktober. Nord- und Nordwestfront: Bei Fulkus und Vias und im Trutas-Tal ist die Lage unverändert. Im Igu-Tal dauert der Kampf an. Wir rücken nach Westen vor und machen drei Offiziere, 108 Mann zu Gefangenen. Bei Dina ist der Feind über die Grenze zurückgeschlagen. Wir nahmen über 150 Gefangene ab. Im Vigan-Tal, bei Tobasaba, Bantaca und Bredelus ist die Lage unverändert. In der Driftsch-Bredal-Kamp. An der Gewand von Dragesauo heftige Kämpfe. Südlich des Mit schlugen wir feindliche Angriffe ab und drängen den Feind andauernd gegen Norden zurück. Südlich des Mit Kampfhandlungen ohne Bedeutung. Westlich Jula haben wir in der Gegend bei Sulpanoffes etwas Gelände auf. Bei Orjova Artilleriekampf.
Südfront: Nichts Neues an der ganzen Donau. In der Dobruđa zeigen wir uns nördlich Gernaboda zurück.

Der türkische Heeresbericht

Konstantinopel, 26. Okt. Türkischer Bericht vom 25. Oktober: Zigarifront: Wir beunruhigten den Feind durch wirksames Feuer. Am 22. Oktober eroberten wir einen türkischen Lager, der im Gebiet von Suedschah sich befand. Im Laufe des Angriffs drangen unsere Truppen zusammen mit freiwilligen Kriegeren in die Schützengräben des Feindes ein und führten heftige Kämpfe aus, nachdem sie eine Menge Waffen und Proviant des Feindes erbeutet hatten.
Rumänische Front: Bei unserer Vorhut fanden Schanzengraben statt. Wir machten noch neue Gefangene. Von der übrigen Front kein bemerkenswertes Ereignis.
Infer: Truppen und die Truppen der Verbündeten, die am 25. Oktober die Verfolgung des sich zurückziehenden Feindes fortsetzten, ergaben am 25. Oktober insgesamt in Gernaboda ein. Einzelheiten fehlen noch.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 26. Oktober. Amtlich wird veröffentlicht:
Oestlicher Kriegschauplatz
Vereesfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl

Nördlich von Campolung wurden rumänische Gegenstöße abgelehnt. Südlich des Bredal-Passes sind unsere Sondertruppen in erfolgreichem Fortschreiten.
Im Vereeser Gebirge führten Bayern einen Grenzkampf. Im Jas- und Patros (Zorutul) Tale waren österreichisch-ungarische Truppen, schon auf rumänischen Boden kämpfend, den Feind an mehreren Stellen.
An der Dreiländerecke, auf den Höhen am Neagrabad, wurden russische Angriffe zurückgewiesen.
Vereesfront des Generalsfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern
Südlich Jauruch brachen angreifende russische Bataillone vor den deutschen Hindernissen zusammen.

Italienischer Kriegschauplatz

Auf unseren Stellungen im Wipbach-Tal und auf der Karthofsch-Fläche lag gestern vormittag heftiges Artillerie- und Mörserfeuer, das gegen mittag allmählich nachließ. Wonnusierende feindliche Abteilungen, die sich unseren Stellungen näherten, wurden durch Sandbarrikaden zurückgetrieben.

Südsüdlicher Kriegschauplatz

Aus dem Bereich unserer Truppen ist nichts zu melden.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Ein f. und f. General der Person des Kaisers zugeteilt

Wien, 25. Okt. Das Kriegspressquartier meldet: Seine Majestät der Kaiser haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. Oktober gerührt, den f. u. f. Generalmajor Alois Ritter Leopold Kloth von Koblen der Person Seiner Majestät des deutschen Kaisers zuzuteilen. General Leopold Kloth, der seinerzeit mehrere Jahre österreichisch-ungarischer Militärattaché bei der f. u. f. Botschaft in Berlin war, ist seit 1 1/2 Jahren als Vertreter des österreichisch-ungarischen Oberkommandos zur deutschen Obersten Heeresleitung kommandiert. In dieser Stellung des f. u. f. Generals zur Person des deutschen Kaisers darf ein neuer Beweis der besonderen Aufmerksamkeit und des freundschaftlichen Gemüths unseres Monarchen für den deutschen Kaiser erbracht werden. Unter dem gleichen Gesichtspunkt und als Anerkennung der in jenen verhältnissen Beziehungen der beiden verbündeten Obersten Kriegsherrn ist die Entschließung zu werden, daß schon im Frieden unser Militärattaché in Berlin unter allen österreichisch-ungarischen Militärattachés infolge einer Ausnahmestellung einnahm, als es anziger immer gleichzeitig in der Reihe der Stabsadjutanten Seiner Majestät unseres Kaisers und Königs fungierte. Zur Beurteilung der Bedeutung der jetzt von Allerhöchster Stelle verfügten Zuteilung eines österreichisch-ungarischen Generals zu der Person Seiner Majestät des deutschen Kaisers kann die historische Erinnerung herangezogen werden, daß der dem Kaiserlichen leit der Seiligen Allianz in Westerbau immer ein deutscher General der Person des Kaisers und in Berlin ein russischer General der Person des Königs von Preußen angestellt war.

Der russische Heeresbericht

vom 25. Oktober. Westfront: Südlich Darna Bataca betriebe unsere vorgeschobenen Abteilungen den Feind aus einer Reihe von Stützstellungen. Wir machten Gefangene; und erbeuteten zwei Waffenschmiedereien. Ein Versuch unbedeutender türkischer Kräfte, unsere Abteilungen in türkische Schützengräben anzugreifen, wurde durch unser Feuer abgewiesen.
Rumänische Westfront: Der Feind greift die rumänischen Truppen bei Bredal, am Triguil-See, bei Campolung und im Gies-Tale an und zwingt sie, sich etwas zurückzuziehen. In der Dobruđa dauert der Angriff des Feindes auf der neuen Front fort. Die rumänischen und unsere Truppen zeigen sich kämpfend nach Norden zurück und wurden gezwungen, die Linie Gernaboda-Tafaslu-See aufzugeben.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 26. Oktober 1916.
Am Bundesratsstische die Staatssekretäre Dr. Helfferich, v. Jagow, Freyher v. Stein, Roethe.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung des Berichts des Hauptauschusses über die auswärtige Politik und die Tagung des Ausschusses während der Vertagung des Reichstages wurde fortgesetzt. Die Konserverativen beantragten, die Einberufung des Haushaltsauschusses zur Beantwortung auswärtiger Fragen während des Krieges dem verfassungsmäßigen Wege vorzubehalten.
Abg. Groeber (Zentr.): Dem Reichstage muß eine förmliche Kontrolle über die Führung der auswärtigen Politik ermöglicht werden. Die auswärtige Politik darf nicht länger eine Art Geheimwissenschaft sein. Die Fällung mit der Regierung muß jetzt durch Ausbruch im Ausschuss erfolgen können, damit man nicht eines Tages vor vollendeten Tatsachen steht. Der Ausschuss für Handel und Gewerbe kann zu einer vollwirksamen Kommission ausgebaut werden, die dann alle volkswirtschaftlichen Resolutionen zu beraten hätte. Die auswärtige Politik muß dem Haushaltsauschuss vorbehalten bleiben, damit der Reichstag durch die Möglichkeit, die Selbstbewilligung abzulehnen, einen wirklichen Druck auf die Regierung ausüben kann. Ich bitte, um Annahme des Antragsantrages.
Staatssekretär des Inneren v. Jagow: Der Reichstag hat bereits zu verschiedenen Malen mit den Parteienführern im Sinne der Anträge Rücksprache genommen. Die Regierung ist auch bereit, weiteren Wünschen des Reichstages entgegenzukommen.
Staatssekretär des Inneren Dr. Helfferich: Diese Angelegenheit hängt eng mit der Reichsverfassung zusammen. Die Rechte des Kaisers, der die Vertagung verfassungsmäßig auspricht, müssen gewahrt werden. Der normale Zustand muß bleiben, daß die Vertagung wirklich den höchsten parlamentarischen Arbeiter bedeutet. Der konstante Antrag wird der Vertagung mehr gerecht als der der Kommission. Gegen die Grundzüge der Anträge haben wir nichts einzuwenden.

Abg. Dr. Grobauer (Soz.): Wir stimmen dem Antrag des Hauptauschusses zu, lehnen aber den konserverativen ab. Die Diplomatie ist einer kleinen Oberbehörde vorbehalten; auch hier muß es heißen: „Freie Wahl dem Tüchtigen“ Volk und Reichstag müssen fordern, daß die Rechte des Reichstages erweitert werden. Dieser Antrag ist nur ein tüchtiger Schritt vorwärts. Während der vielfachen Pausen der jetzigen Session war der Reichstag völlig ausgeschaltet, was besonders bei der Zulassung der U-Bootsfrage empfindlich war. Der Reichstag oder sein Ausschuss muß immer auf dem Wege sein. Dadurch läßt sich in den Ausschüssen widersprechen. Das Plenum muß der Ort für die Ausbreitung bleiben.
Abg. Dammann (Fortf. Wt.): Wüsste hat man der auswärtigen Politik gegenüber eine traditionelle Zurückhaltung beobachtet. Der Reichstag muß stärkeren Anteil an positiver Mitarbeit nehmen. Wenn die Regierung nicht bereit hätte, daß diese Einrichtung nur für die Dauer des Krieges gelten soll, wäre ein volles Einverständnis mit der Wahrheit erzielt worden. Der Antrag bedeutet für die Regierung keine Schwächung, sondern eine Stärkung. Im Hauptauschuss ist die auswärtige Politik immer zu kurz gekommen. Er war das Mädchen für alles. Er ist zu groß, um die Fragen gründlich zu behandeln.

Abg. Dr. Stresemann (Natf.): Von den Befragungen beim Reichstanzler sollte man kein Aufhebens machen. Es ist selbstverständlich, daß der führende Staatsmann vor großen Entscheidungen mit den Parteiführern Rücksprache nimmt. Es handelt sich um einen ersten Schritt, die Rechte der Volkserhebung zu klären. Es fragt sich, ob der Hauptauschuss der rechte Ort wäre. In einem besonderen Ausschuss könnten uns Vorklärungsberichte und ähnliches Material vorgelegt werden. Das englische Parlament behandelt alle Fragen der auswärtigen Politik in voller Offenheit. Darin liegt die Stärke der Volkserhebung. Wismard hat später selbst bedauert, daß er den Reichstag in solche Ohnmacht versetzt hat. Aus diesem Kriege muß ein anderes Verhältnis des Reichstages zur Regierung entstehen. Für den diplomatischen Dienst sind weit größere Kreise geeignet als man bisher annahm, zum Beispiel die Angehörigen der Marine und Kavallerie. Die katholische Kirche fragt nicht nach Rang und Herkunft, sondern nach der persönlichen Leistung. Aus ihr müssen herauskommende Diplomaten her-

vor. Wenden wir dieses System auch bei der deutschen Diplomatie an.

Hg. Arth. (Kont.): Auch wir befragen, daß wir oft nicht unterrichtet sind von den Vorgängen während des Krieges. Aber das kaiserliche Vertragsrecht darf nicht unwirksam gemacht werden. Die Medien der Linsen beweisen, daß der vorliegende Antrag einen Schritt auf dem Wege zum parlamentarischen System bedeutet. Unter Antrag sagt klar, was er will. Im Frieden ist bei den vielen Geheimverträgen eine volle Öffentlichkeit in der auswärtigen Politik gar nicht möglich. Der Ausblick soll nur der Ort für Verhandlungen sein, bei Annahme des Auswärtigen Antrages würde der Weg der Öffentlichkeit über verlassen. Unsere Bedenken beziehen sich nicht auf die Zeit des Krieges. Bismarck brauchte keine Feinde. Mangelnde Entschlossenheit wird nicht durch einen vielköpfigen Beirat gehoben. Wir wollen nur unterrichtet werden. Die praktische Erfahrung zeigt, daß auch das parlamentarische System vielfach entfällt. In solchen Ländern herrscht der Geldadel oder die Straße. Das Leben in unseren Stützpunkten zeigt, daß der Deutsche nicht parlamentarisch regiert werden will.

Staatsminister Vetterlich: Mit dem parlamentarischen System haben die Anträge nichts zu tun. Wenn bei uns Begünstigung für die Anträge vermischt wird, so weist ich darauf hin, daß der Staatsminister des Auswärtigen ausdrücklich festgestellt hat, daß wir die Vorteile durchaus anerkennen, die darin liegen, daß ein enger Kontakt zwischen der Regierung und dem Reichstag besteht bleibt. Die kaiserliche Vertragsordnung schließt den Reichstag, d. h. Wien plus Kommissionen. Zu gewissen Ausnahmen sind wir bereit, sie dürfen aber nicht die Regel sein. Wenn ein Bedürfnis für den Zutritt des Reichstages besteht, können wir uns von Fall zu Fall verständigen.

Hg. Vetterlich (Zug. Abg.): Wir wollen eine generelle Anerkennung des Reiches, daß die Budgetkommission auch während der Reichstagsverhandlung zumutbar ist. Wenn das Parlament verlangt, so hat das Volk noch Machtmittel in der Hand. Die gesamten diplomatischen Beziehungen müssen unter Kontrolle gestellt werden, wir müssen aus der Geheimdiplomatie heraus. Die Wölfer wollen die Krieges nicht, sie erfahren erst davon, wenn die Karte in den Deck erfahren ist. Von Zeit zu Zeit spricht der Reichstagsführer hier vor uns, und die Abgeordneten beraten dann, was er gesagt haben mag. Der Reichstagsführer müßte klipp und klar seine Ansicht bekannt geben. Vor allen Dingen muß die Sitzungsperiode verlängert werden. Die Regierung muß ein antirendes Ansinnen des Reichstages werden. Auch die Frauen müssen an den parlamentarischen Arbeiten teilnehmen.

Hg. Freiherr v. Widthofen (Ratsh.): Die Kommissionsberatung darf nicht nur während des Krieges eintreten. Der Reichstag darf nicht monatelang über die auswärtige Politik ununterrichtet bleiben. Das Verhältnis zwischen Militär und Meer hat mit der Stärkung des parlamentarischen Einflusses nichts zu tun. Auch wir wollen dem Vaterlande mit diesem Antrage dienen.

Hg. Evidovitz (Fortf. Vpt.): Die Regierung proklamiert schon heute, daß nach dem Ende der Reichstags wieder in die alte Demokratie in auswärtigen Dingen zurückgekehrt werden soll. Wir wollen die Geheimpolitik beibehalten. Damit schließt die Ausdrücke.

Hg. Hoffmann empfahl nochmals Annahme des Auswärtigen Antrages.

Vor der Abstimmung vertrat sich der Reichstag auf Freitag 3 Uhr. (Momentliche Abstimmung über den heutigen Beratungsstoff. Anfragen. Kommissionsberichte. Nachtragstoff. Vorschläge mit Wertpapieren. Rest der heutigen Tagesordnung.)

Schluß gegen 6 Uhr.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, der Reichstagsführer werde diesen Freitag im Reichstags das Wort nehmen und u. a. auf die jüngste Rede des englischen Ministers des Auswärtigen Lord Grey erwidern.

Der Reichstagsführer wieder im Hauptquartier. Der Reichstagsführer begibt sich der „Nord. Anz. St.“ zufolge zu kurzem Aufenthalt in das Große Hauptquartier.

Die Sozialdemokraten bewilligen den 12 Milliarden-Kriegskredit. Berlin, 27. Oktober. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sagte laut „Vorwärts“ mit 57 gegen 15 Stimmen den Beschluß, den neuverordneten Kriegskredit im Betrage von 12 Milliarden Mark zu bewilligen. Die Fraktion wird im Morgen eine Erklärung abgeben.

Der Geschäftsbereichsentscheid des Reichstages hat gestern nach eingehender Beratung den Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, das Strafverfahren gegen den Abn. Riecknecht und seine Unterhändlerhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben, gegen drei sozialdemokratische Stimmen und die Stimme des Volen abgelehnt.

Der Arbeitsplan des Reichstages. Der Vorkommensentscheid des Reichstages hat vor Beginn der Vollziehung zu einer Neuberechnung zusammen. Der Gang und die Dauer der Verhandlungen im Hauptauschluß stellen die Ausführung des früher aufgestellten Arbeitsplanes für den Reichstag in Frage. Es wurde vereinbart, zunächst die heutige Tagesordnung zu erledigen und jedenfalls bis 1. November Sitzungen der Vollversammlung abzuhalten. Ob am 2. November eine Beratung der Ernährungsfragen in der Vollversammlung beginnen kann, hängt vom Fortgang der Verhandlungen im Hauptauschluß ab. Hierzu gedankt der Vorkommensentscheid in einer übermorgenigen Sitzung am Freitag Stellung zu nehmen.

Prof. Gohmann den Prof. Valentin wegen Veleidigung verklagt. Professor Gohmann in Wilmshausen, der verantwortliche Leiter der „Eidenschaftsmonatshefte“, hat Prof. Valentin, dessen Sache er in dem Briefwechsel zwischen dem Reichstagsführer und Großadmiral von Tirpitz in seiner Zeitschrift veröffentlicht hat, jetzt wegen Veleidigung verklagt.

Depeschenwechsel zwischen Jelow und Erzherzog Friedrich

Wien, 25. Okt. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet:

Anlässlich des Jahrestages des Eintritts Bulgariens in den Krieg hat der Generalfeldmarschall von Bulgariens Armee Generalleutnant Jelow an dem Armeekommandanten Feldmarschall Erzherzog Friedrich nachfolgendes Telegramm gerichtet:

Seuche ist genau am 24. Okt., selbst das bulgarische Heer in seiner Kameradschaft mit der deutschen, österreichisch-ungarischen und osmanischen Armee gegen die gemeinsamen Feinde mit Erfolg kämpfte. Ich mit Erfolg all diesen Gedanke, was die tapferen bulgarischen Truppen mit vereinten Anstrengungen erreicht haben, sage ich Generaloberst sowie den Herren Offizieren und Wundärzten des verbundenen tapferen und unerschrockenen österreichisch-ungarischen Heeres meinen und des bulgarischen Heeres meinen Dank für das unerschütterliche Bestehen und ihre Dienstleistung. Durch mich sendet das bulgarische Heer den tapferen verbundenen Heeren seinen überdauernden herzlichsten Gruß und beifolgende Glückwünsche zu neuen entscheidenden Siegen.

Generalleutnant Jelow. Erzherzog Friedrich hat darauf erwidert:

Nehmen Eure Excellenz meinen und meiner Truppen innigsten Dank für die liebenswürdigen und herzlichen Worte entgegen, mit denen Eure Excellenz unserer tapferen Brüderlichkeit am ersten Jahrestage ihrer ruhmreichen Geschichte gedankt. In erster Stunde hat der hochbetagte Entschluß Ihres Obersten Kriegsherrn, Seiner Majestät des Zaren Ferdinand, die tapferen bulgarischen Truppen mit den verbundenen Heeren zu großer Tat zusammengeführt. Eine ununterbrochene Kette der ruhmreichen Siege und Eroberungen Eurer Excellenz und den bulgarischen Truppen hat damals beschieden, und die Weisheit des gemeinsam verfolgten Wuttes hat die Wunde unserer Waffenbrüderchaft unzerstörbar festgeschrieben. In dieser Kameradschaft erwidern die österreichisch-ungarischen Truppen die Grüße des tapferen bulgarischen Heeres. Weiter über die Zeit nach dem einen gemeinsamen unerschütterlichen Ziel gerichtet, gläubig und vorwärts bis ans siegreiche Ende.

Erzherzog Friedrich, Feldmarschall.

Vierverbandserfindungen

Wien, 26. Okt. Das Wiener St. St. Telegraphen-Büro meldet: Von Paris aus wird die Nachricht verbreitet, daß in Montenegro und in den umliegenden Gebieten ein Aufstand ausgebrochen sei. Wir sind erwidert, zu erklären, daß diese Meldung, deren Tendenz sich unserer Erkennen läßt, glatt erfunden ist.

Ein Garten mit einer Zigarettenfabrik verwechselt

Berlin, 26. Okt. „Die Nouvelle de Bonn“ meldet unter dem 15. Oktober, daß bei dem letzten Fliegerangriff auf Stuttgart eine große Zigarettenfabrik von Bomben getroffen worden sei. Die Zigarettenfabrik sei zerstört worden. Die Zigarettenfabrik sei zerstört worden. Die Zigarettenfabrik sei zerstört worden. Die Zigarettenfabrik sei zerstört worden.

Verenkt

Kottbus, 25. Oktober. Lohde melben: Der Dampfer „Silmont“ ist versenkt worden, die Besatzung wurde gerettet. Christiania, 26. Okt. Einem Telegramm aus Newcastle zufolge ist der Dampfer „Aldo“, mit Eisenbahnwaggons nach England unterwegs, versenkt worden. Die Mannschaft ist gerettet und wurde an Bord gebracht. Dibs (332 Tonne) war in Sandes gehemmt.

Neue Bundesratsverordnungen.

In der Donnerstag-Sitzung des Bundesrates gelangen zur Annahme der Entwurf einer Verordnung über die Verzecht mit Schmelz, der Entwurf einer Verordnung über die Verarbeitung von Kartoffeln in Kleinbrennereien und der Entwurf einer Verordnung über Verjährungsfristen.

Die Engländer in Südafrika knausern mit dem Gold

Kottbus, 26. Okt. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Johannesburg: Lordurgen haben bei Wotha vorgebrochen, um zu erreichen, daß der Sold, den die Union an die überseeischen Truppen zahlen, auf die Höhe des indischen Goldes erhöht werde. Da Wotha nichts herbeibringen konnte, wurde in Durban eine internationale Konferenz der Afrikaer abgehalten, worin beschlossen wurde, von der Regierung eine sofortige Goldherabsetzung zu verlangen. Es wird alles aufgegeben, um die überseeischen Truppen zu verbrennen.

Als auch nach dieser letzten Vermerkung scheint eine frühere Meldung von den letzten Resulten, die Solos Heer im Kampf gegen die Deutschen Ostwärts eritten hat, durchaus zureichend zu sein. Auch scheint die Frage, die man sich um die Verzung überlegen muß, auf wäufige Kriegsmittel der Deutschen hinabzulenken.

Die neue britische Anleihe in Amerika

New-York, 26. Okt. (Reuters.) Wie die „Morning Post“ mitteilt, wird sich die neue britische Anleihe auf 300 Millionen Dollars belaufen und 5 Prozent Zinsen tragen. Sie wird in zwei Teilzahlungen in 3 bzw. 5 Jahren rückzahlbar sein.

England wünscht stärkere Kohlenförderung

London, 26. Okt. (Reuters.) Squitth wies in seiner Rede in der Versammlung der Kohlenbergbauarbeiter mit Lordurgen auf die Notwendigkeit hin, die Kohlenproduktion zu erhöhen, so daß die Kohlenförderung den Anforderungen entsprechen kann, die sich aus dem Bedarf der Verbündeten ergeben. Es ist auch notwendig, die Kohlenförderung zu erhöhen, so daß die Kohlenförderung den Anforderungen entsprechen kann, die sich aus dem Bedarf der Verbündeten ergeben. Es ist auch notwendig, die Kohlenförderung zu erhöhen, so daß die Kohlenförderung den Anforderungen entsprechen kann, die sich aus dem Bedarf der Verbündeten ergeben.

Der englische Generobericht

Vom 26. Oktober abends: Unbeständiger Regen während des ganzen Tages des Tages. Südlich der Äre vor die feindliche Artillerie tätig, besonders in der Nachbarschaft von Le Cars und Caucourt-Pillageage. In den übrigen Stellen untere Front beobachtet sich kein besonderes Vorgehen.

Zur Bekämpfung des Geburtenrückganges

Wie sehr zur Bekämpfung der Elend und zur Aufrechterhaltung der Geltung unseres Volkes Menschen nicht sind, lehrt uns diese eiserne Zeit besonders deutlich. Der Schaden an unserer Volkskraft, den uns die unendlich schmerzlichen Verluste auf den Schlachtfeldern bringen, steht dennoch in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den wir durch den Geburtenrückgang erleiden, der bei uns in den letzten Jahrzehnten in erschreckender Weise zugenommen hat.

Ohne hegreiche Bekämpfung dieses Uebels ist alle unsere Waffenerfüllung unserer Soldaten in Feindesland nutzlos und kann nur den Selbstmord hinausführen, so denn wird mit mathematischer Gewisheit auf unsere Bevölkerung verzichtet müssen.

Daher ist der Kampf dagegen wohl die wichtigste Aufgabe unseres inneren Staatslebens. Leider fehlt für diese über dem Parteigetriebe stehende wichtige Frage die Erkenntnis. Der Staat verhält sich ablehnend, und wenn in der Presse Warnungsstimmen erschallen, verhallen sie ohne ein Echo zu finden.

Daß wirtschaftliche Gründe nicht Hauptursache für den Geburtenrückgang sind, zeigt, daß in den gebildeten Ständen dieses Uebel mehr Fortschritt macht, als in Arbeiterkreisen.

Je mehr im Wirtschaftsleben die Absichten der Gebildeten die der Ungebildeten beeinflussen, desto nachdrücklicher muß der Kampf gegen die dabei zum Ausdruck kommende tiefinstufige Auffassung der Gebildeten aufgenommen werden. Staat, Gemeinde und geistige Führer des Volkes müssen sich einigen, der Ansicht Geltung zu verschaffen, daß es höchste Pflicht des Staatsbürgers ist, für Fortbestand und Kraft des Staates durch Gründung einer Familie und Erziehung möglichst vieler Kinder zu sorgen.

Dieser Ansicht Geltung zu verschaffen, hat unser Staat durch die in Deutschland so besonders große Zahl von Offizieren, Staats- und Gemeindebeamten mehr Macht als irgend ein anderer.

Staat und Gemeinde haben leider bisher nichts damit getan, ob sogar das Gegenteil. Keine Behörde erleichtert ihren Angehörigen das Heiraten in jüngerem Alter, nicht Verheirateten höheres Gehalt als Unverheirateten, keine Gehälter den mit Kindern Kinderlosen Ausgesetzten Vergünstigung in Gehalts- und Erziehungsfragen, die den bestehenden Unkosten wirksam entpricht.

Daher ist der Staat schuld, daß sich gerade in den gebildeten Ständen die Ansicht ausgebildet hat, es sei leitend, sich gewissenlos gegen die Nachkommen, eine Ehe einzugehen, ohne die Sicherheit zu haben, daß eine zahlreiche Kinderfamilie beim Eintritt in das Leben genau so gut oder besser als die Eltern aufsteht.

Die Folge davon ist, daß in diesen Kreisen der alte Romanesque fischer höher eingeschätzt wird als der Vater einer großen Kinderfamilie, der halb mit Schwert, halb mit Mittelbedeutung wird und dem eine große Zahl von Söhnen, wegen der Unruhe, die eine Kinderherde bringt, Wohnung in ihren Hause verweigert.

Wie anders könnte diese Auffassung werden, wenn der Staat sich entschloß, durch Steuer-, Gehalts- und Erziehungsgehalte zum Ausdruck zu bringen, daß es die erste Pflicht eines Staatsbürgers ist, eine Familie zu gründen und durch möglichst viele Kinder die Kraft des Staates zu stärken. Wenn der Staat denen, die in der mühsamen Arbeit des Kindes auf- und erzieht die Zukunft des Staates sicherstellen, wenigstens annähernd ihre Geldauslagen zu ersetzen vermag, ist es gerecht, wenn er denen, die sich dem entgegen, ganz wesentlich größere Lasten auferlegt.

Reizquellen, wie weit das Geldwohl hier, ist eine mühselige Arbeit des Geseheters. Ich will hier nur verüben, einige Vorschläge zu machen, die unabhängig von der durch den Krieg notwendig entstehenden Anhebung der Steuerlasten gebildet sind.

Bestimmungen für Steuern

Die Staats- und Gemeindegemeinschaften werden um 100 Prozent erhöht. Steuererläß wird von der erhöhten Steuer gemindert: den Verheirateten 30 Prozent für lebende Kinder bis zur Höhe von 1000 Mark pro Kind für die ersten zwei Kinder je 10 für das dritte Kind 20 für das vierte und weitere Kinder bis zur Steuerfreiheit 30 nach Eintritt der Steuerfreiheit wird für jedes weitere Kind eine Prämie von 300 Mk. bis zur Volljährigkeit des Kindes gegeben.

Bestimmungen für Gehalts-, „Erbis“ und Rubegehaltsbezüge

Von allen Gehalts-, Erb- und Rubegehaltsbezügen des Staates und der Gemeinden wird nach Hebererhöhung eines zu bestimmenden Mindestbetrags, nur die Hälfte gegeben. Von den arbeitsrechtlichen Bezügen erhält jeder Verheiratete die Hälfte, die ersten zwei Kinder je ein Viertel. Für jedes weitere Kind werden bis zur Höhe von 2000 Mk. je 20 Prozent der Bezüge gewährt.

Daß damit oft die entfallenden Unkosten kaum gedeckt werden, ist sicher, aber es wird doch der Versuch gemacht, den Staat, welche sich aus Bequemlichkeit der ersten Pflicht gegen den Staat entziehen. Lasten aufzuliegen, die anebenfalls noch erhöht werden könnten.

Beliehende Steuern müßten auch Gesellschaften und Einzelvermögen tragen, die sich für Anstellung ihrer Beamten nicht obigen Grundsätzen anschließen resp. die, welche unverheiratete Diener anstellen. Gehaltsausbehalten, welche unverhältnismäßig wenig Wohnraum an Kinderreiche Familien vermietet haben.

Daß dabei Kinder entstehen können, ist sicher, aber Kinderlose und wenig Kinder Besühende sind jedenfalls in der Lage, größere Lasten zu tragen als die Kinderreichen. Die Verteilung der Lasten ist daher gerechter als die letzte, bei der die den Kinderreichen gewährten Erleichterungen zu gering sind, daß sie die Wirkung einer Staatsprämie für Kinderlosigkeit haben.

Bei Umänderung des Wahlrechtes wäre es gerecht, den Vätern von Kindern, als Vertretern der Zukunft unseres Volkes, der Zahl der Kinder entsprechend, ein höheres Wahlrecht einzuräumen, als den Kinderlosen.

Alle solche Gesetze können natürlich allein nicht den Kampf gegen den verhängnisvollen Willen „eine, aber mehrere Kinder zu haben“ befehlen. Dieser Kampf muß

